



Medienmitteilung

Datum: 26. Februar 2024
Sperrfrist: 26. Februar 2024; 10:00 Uhr

Jahresbilanz und Ausblick Lebenshaltungskosten im Fokus

Beinahe eine Verdopplung der Anzahl an Bürgermeldungen seit Ende 2021 ist Ausdruck von wachsenden Sorgen und Unmut der Bevölkerung über die steigenden Lebenshaltungskosten. Der Preisüberwacher verstärkte 2023 seine präventiven und regulativen Aktivitäten, um überhöhte Preisanstiege – wo möglich – von vornherein zu unterbinden, oder Grenzen zu setzen und zu korrigieren, soweit dies das Preisüberwachungsgesetz ermöglicht. Besonders im Fokus stehen dieses Jahr die staatsnahen Unternehmen, denen in inflationären Zeiten eine besondere Verantwortung zukommt. Weiter wird der Preisüberwacher Bilanz zur Mehrwertsteuer-Erhöhung ziehen und plant einen weiteren Kaufkraftgipfel. Am zweiten Kaufkraftgipfel soll das sogenannte «Baustelleninventar» auch mit Vertretern der Wirtschaft diskutiert werden.

Handeln, bevor Schaden entsteht: Die Prävention war auch 2023 eines der Haupttätigkeitsfelder des Preisüberwachers. Wesentliche Ergebnisse sind je eine einvernehmliche Regelung mit der **Post**, die zu einer rund 40-prozentigen Reduktion der geplanten Preismassnahmen führte und der **Allianz Swiss Pass**, mit der er unter anderen eine finanzielle Überbelastung der 2. Klasse GA-Kundinnen und -Kunden verhindern konnte. Darüber hinaus entwickelte der Preisüberwacher seine Regulierungspraxis weiter. Im öffentlichen Verkehr beispielsweise wurde ein Preisniveau erreicht, welches den Einbezug der verfassungsmässig garantierten «Angemessenheit» der Preise im öV in die Überlegungen nötig machte. Zukünftige Preismassnahmen im öV müssen nunmehr eine deutlich höhere Hürde nehmen.

Wie schon im Vorjahr empfahl der Preisüberwacher der **öffentlichen Hand** grösste Zurückhaltung und Augenmass bei der Tarifgestaltung. 2023 beurteilte er mehr als 600 Tarifvorlagen, die weitaus meisten betrafen die Gebühren für **Wasser, Abwasser und Abfall**. Erfreulich ist, dass viele seiner Empfehlungen Gehör fanden und sich finanziell vorteilhaft für die betroffenen Einwohnerinnen und Einwohner auswirkten. Trotz diesen positiven Entwicklungen sieht der Preisüberwacher bei der öffentlichen Hand weiterhin nennenswerte Potentiale, die Bevölkerung zu entlasten: Allem voran müssen aus seiner Sicht die vorhandenen Kostensenkungspotentiale im **Gesundheitswesen** zur Stabilisierung der Krankenkassenprämien konsequent umgesetzt werden. 2023 empfahl der Preisüberwacher Massnahmen im Umfang von 1 Milliarde Franken. In der Hauptsache zielen sie darauf ab, Systemfehler zu eliminieren, die Medikamentenpreise den europäischen Durchschnittspreisen anzunähern, die Transparenz zu erhöhen und den Wettbewerb zu stärken. Die Qualität der Versorgung der Patientinnen und Patienten würde dabei sogar noch verbessert. Auch bei den **Energiepreisen**, namentlich den Strompreisen, gibt es deutliche Senkungspotentiale, auf deren Nutzung der Preisüberwacher drängt. So zahlt die Bevölkerung und Wirt-



schaft seit Jahren weit überzogene Netznutzungsgebühren – jährlich einen dreistelligen Millionenbetrag zu viel.

Die gestiegenen **Lebensmittel-** und **Treibstoffpreise** waren und sind ein grosses Thema im Land. Eine erste Vorabklärung bei den Bio-Lebensmitteln gestaltete sich teilweise schwierig und warf im Ergebnis verschiedene Fragen auf, die im Rahmen einer Marktbeobachtung zum Lebensmitteldetailhandel beantwortet werden sollen. Hinsichtlich Treibstoffpreise untersuchte der Preisüberwacher die Margensituation der Raffinerien und der Tankstellen. Wie andere europäische Wettbewerbsbehörden stellte er fest, dass die Erhöhung der Treibstoffpreise nicht vollständig mit den gestiegenen Rohölpreisen erklärt werden konnte. Sicher ist, dass es Margenzuwächse auf Stufe der Raffinerien gegeben hat. Ob dies ein temporäres Phänomen oder eine nachhaltige Störung des Marktmechanismus ist, untersucht der Preisüberwacher weiter. Um den Kundinnen und Kunden eine bessere Nutzung der vorhandenen Preisunterschiede zu ermöglichen, setzte sich der Preisüberwacher für die Realisierung einer Preisvergleichs-App ein. Diese Forderung wurde umgehend von privater Seite umgesetzt.

Obwohl die Teuerung 2023 gegenüber dem Vorjahr leicht sank, mussten die Einwohnerinnen und Einwohner des Landes erneut nennenswerte Preissteigerungen unter anderem bei den Krankenversicherungsprämien, den Mieten, den Lebensmitteln und der Energie verkraften. Um das Bewusstsein für diese Situation zu schärfen und allfälliges preisliches Trittbrettfahren besser sichtbar zu machen, organisierte der Preisüberwacher einen ersten Kaufkraftgipfel. Die geladenen Konsumentenorganisationen und er einigten sich auf eine gemeinsame Erklärung und Ziele. Der Preisüberwacher verpflichtete sich in Hinblick auf die 2024 anstehende Mehrwertsteuererhöhung, ein umfassendes **Mehrwertsteuer-Monitoring** durchzuführen. Ausserdem stellte er den Konsumentinnen und Konsumenten einen Online-Rechner und ein Meldeformular zur Verfügung. Sein Ziel ist, einen präventiven Effekt herbeizuführen. Die ersten Zwischenergebnisse stimmen ihn vorsichtig zuversichtlich.

2024 wird der Preisüberwacher seine Arbeit in den genannten Bereichen fortsetzen. Er wird insbesondere gemeinsam mit der Zivilgesellschaft darauf hinwirken, dass längst vorhandene Rezepte zur Eindämmung der Hochpreisinsel Schweiz endlich umgesetzt werden. Die Umsetzung hat für nennenswerte Teile der Bevölkerung eine weit grössere Dringlichkeit, als es der Landesindex für Konsumentenpreise (LIK) vermuten lässt. Der Preisüberwacher wird dran arbeiten, dass die Entscheidungsträger der steigenden zeitlichen Brisanz Rechnung tragen.

Auch im Gesundheitswesen, auf den digitalen (Plattform-)Märkten und im Energiebereich wird er seine Aktivitäten nochmals intensivieren.

Meldungs- und Bearbeitungsstatistik 2023

Der Preisüberwacher bearbeitete 2775 Bürgermeldungen. Diese betrafen am häufigsten, Tarife und Preise aus dem Bereich Energie (20.4 %), gefolgt vom Bereich Gesundheitswesen (13.4 %), den Bereichen öffentlicher Verkehr (5.5 %) und Lebensmittel (5.0 %). Der Preisüberwacher erzielte 9 neue einvernehmliche Lösungen. Von Behördenseite wurden 641 Tarifvorlagen zur Stellungnahme unterbreitet. In 260 Fällen gab er eine Empfehlung ab. Die meisten Empfehlungen (130) gab es zu den Wasser-, Abwasser- und Abfallgebühren.

Kontakt/Rückfragen:

Stefan Meierhans, Preisüberwacher, Tel. 058 462 21 02

Beat Niederhauser, Geschäftsführer, Tel. 058 462 21 03